

Difu-Umfrage

Klimaschutz ist das überragende Thema in den Kommunen

Oberbürgermeister*innen nennen Klimaschutz zum ersten Mal als wichtigstes aktuelles Handlungsfeld

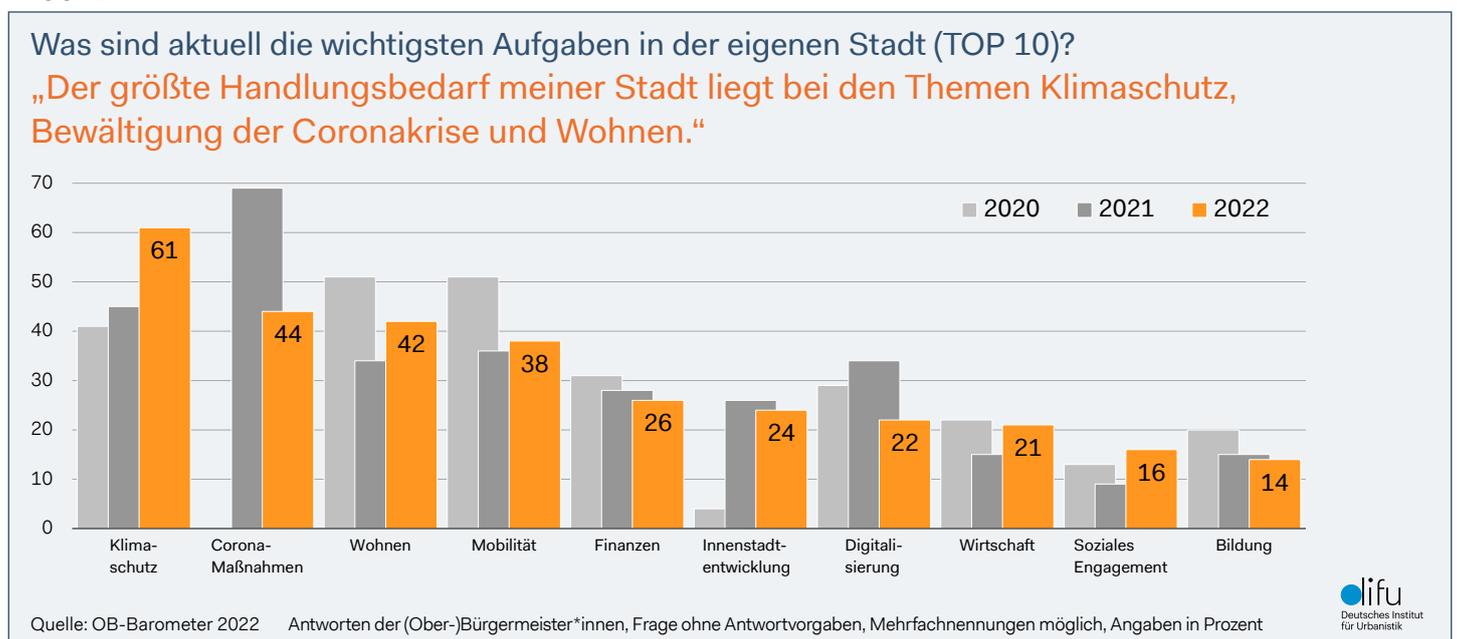
Die Befragung zum diesjährigen OB-Barometer fand im Januar und Februar 2022 statt, zwei Jahre nach Beginn der Corona-Pandemie und unmittelbar vor dem Krieg Russlands in der Ukraine. Das OB-Barometer 2021 war die erste Befragung, die in den Städten durch die Pandemie geprägt war. Wir hatten deshalb im letzten Jahr die Frage nach den Folgen der Pandemie neu aufgenommen. In diesem Jahr haben wir sie erneut gestellt, um zu sehen, ob sich die coronaspezifischen Herausforderungen für die Kommunalpolitik nach einem weiteren Jahr Pandemie verändert haben. Die drei anderen Fragen, nach den aktuell und zukünftig wichtigsten Aufgaben der Städte sowie nach den verbesserungsbedürftigen Rahmenbedingungen, sind seit 2015 fester Bestandteil des OB-Barometers.

Das bemerkenswerteste Ergebnis der diesjährigen Befragung ist, dass Klimaschutz zum ersten Mal den Spitzenplatz

einnimmt und aktuell von 61 % der Oberbürgermeister*innen (OBs) als wichtigstes Handlungsfeld in der eigenen Stadt genannt wird (Abb. 1). Damit sehen noch einmal deutlich mehr OBs als 2021 (45 %) den Klimaschutz als zentrale Aufgabe. Nur selten wurde ein Thema von so vielen OBs als wichtigstes Handlungsfeld genannt. Nur der Wert für die Corona-Maßnahmen (69 %) im vergangenen Jahr und der für das Thema Wohnen im Jahr 2019 (66 %) lagen höher.

Abb. 2 zeigt die Entwicklung der Bedeutung von Klimaschutz für die Kommunalpolitik in den letzten sieben Jahren. Die sprunghafte Zunahme im Jahr 2020 – nach einem Jahr der Proteste der Fridays-for-Future-Bewegung in den deutschen Städten und noch vor dem Ausbruch der Corona-Krise – war Ausdruck einer starken Bewusstseinsveränderung. Der leichte Anstieg 2021 trotz Corona-Krise und des pandemiebedingten Ausbleibens der Demonstrationen

Abb. 1



ließ bereits erahnen, dass das Thema bei den Stadtspitzen offensichtlich grundsätzlich an Bedeutung gewonnen hat. Dies wird durch das aktuelle Umfrageergebnis bestätigt. Klimaschutz ist im Koalitionsvertrag ein zentrales Thema. Der Bund bekennt sich zu seiner Unterstützung kommunaler Investitionstätigkeit im Bereich des Klimaschutzes, Kommunen werden als zentrale Akteure der Transformation hervorgehoben. Dies mag die befragten Stadtspitzen zusätzlich sensibilisiert haben.

Für die politische Durchsetzbarkeit und für die Finanzierung bzw. Finanzierungsbeteiligung von kommunalen Klimaschutzmaßnahmen ist die Sensibilisierung der politisch Verantwortlichen sowie der Bürgerinnen und Bürger von entscheidender Bedeutung. Kommunale Klimaschutzmaßnahmen haben häufig nicht nur positive Effekte in der eigenen Stadt, sondern leisten im Rahmen der Nachhaltigkeitsaktivitäten vieler Kommunen auch einen Beitrag zur

Zusammenarbeit mit Kommunen im globalen Süden. Die Bereitschaft einer Kommune, einen eigenen Finanzierungsbeitrag zu leisten, ist größer, wenn Klimaschutzmaßnahmen und ein entsprechendes Engagement für politisch bedeutsam erachtet werden.

Interessant ist, dass lediglich ein gutes Drittel (36 %) der ostdeutschen OBs den Klimaschutz als wichtigstes Handlungsfeld nennt. Von den OBs der Städte über 200.000 Einwohner*innen nennen sogar 88 % den Klimaschutz als wichtigstes Handlungsfeld.

Trotz der Auflagen und Einschränkungen durch die Pandemie in allen Bereichen des kommunalen Lebens ist im zweiten Corona-Jahr eine gewisse Routine festzustellen, die dafür sorgt, dass Pandemiebekämpfung und Umgang mit Corona den Spitzenplatz aus dem Vorjahr eingebüßt haben. 44 % der befragten OBs nennen Corona-Maßnahmen

Abb. 2

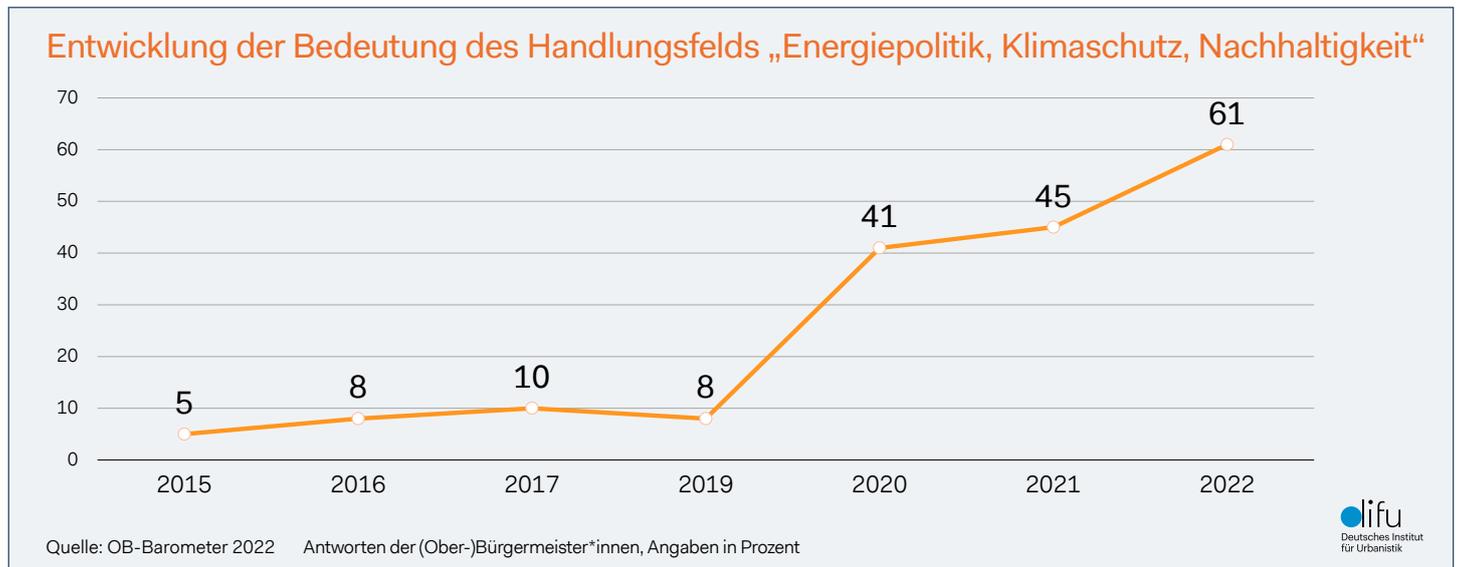


Abb. 3

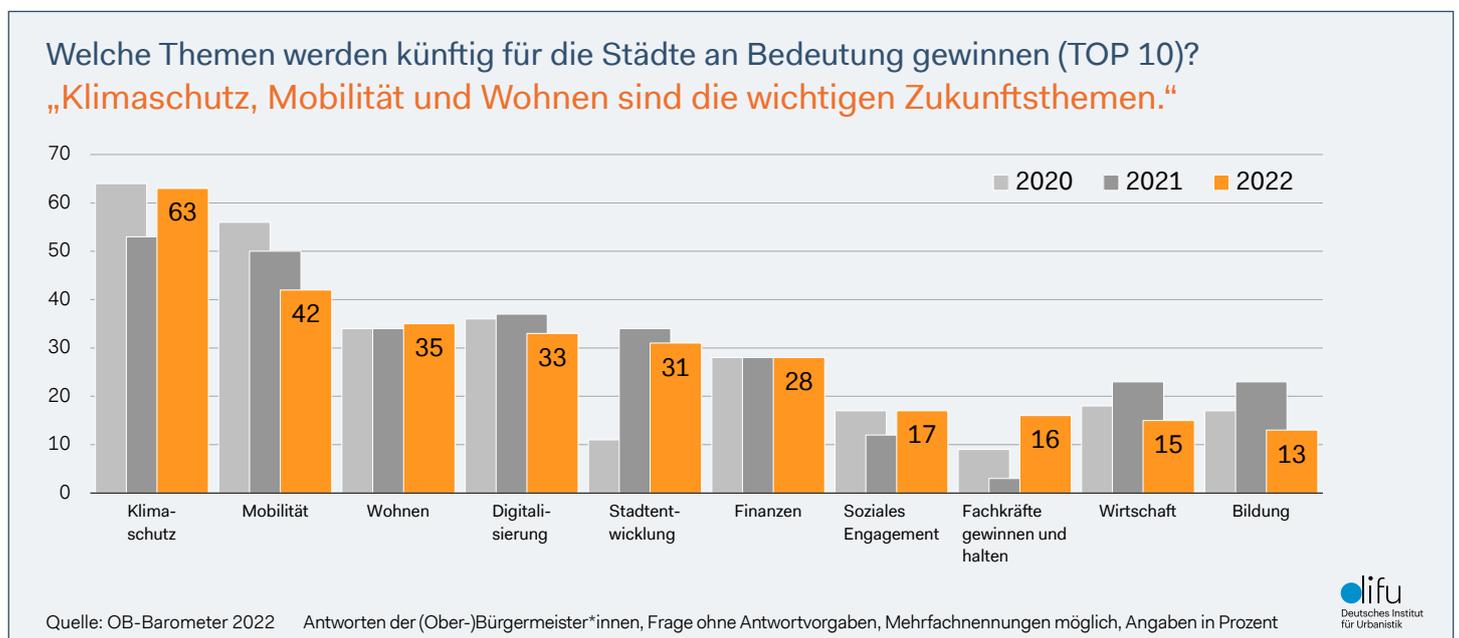
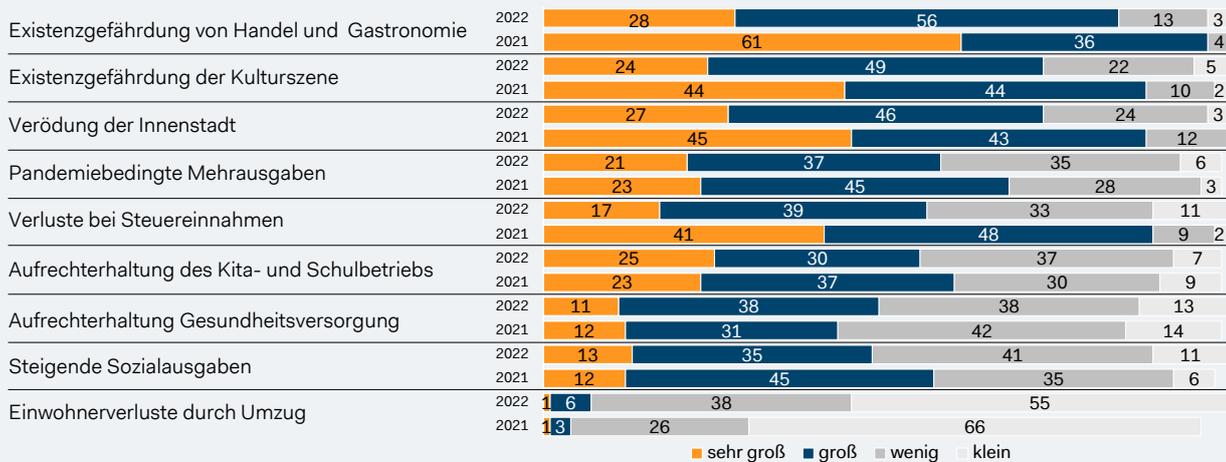


Abb. 4

Mit welchen Folgen der Corona-Pandemie muss gerechnet werden (TOP 9)?

Denkbare Folgen der Corona-Pandemie: Herausforderungen für die Kommunalpolitik



Quelle: OB-Barometer 2022 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Mehrfachnennungen möglich

sowie die Bewältigung der Corona-Krise und ihrer Folgen als wichtiges Handlungsfeld. Damit ist es jedoch nicht mehr das wichtigste wie 2021 (69 %). Allerdings gibt es einen Unterschied zwischen den west- und den ostdeutschen Kommunen: In Letzteren nennen zwei Drittel (64 %) der Stadtspitzen die Corona-Maßnahmen, damit sind diese dort das aktuell wichtigste kommunale Handlungsfeld.

Die Antworten auf die Frage nach den besonderen Herausforderungen aus der Corona-Pandemie spiegeln die größere „Geübtheit“ im Umgang mit Corona wider (Abb. 4). Die Folgen von Corona beschäftigen die Städte nach wie vor, aber sie werden ganz überwiegend als weniger gravierend (oder als inzwischen besser zu handhaben) eingeschätzt als noch 2021. Das gilt in besonderem Maße für die Steuereinnahmen. Während im vergangenen Jahr noch fast 90 % der befragten OBs den Verlust von Steuereinnahmen als sehr große oder große Herausforderung ansahen, ist der Wert in der aktuellen Befragung auf 56 % zurückgegangen. Dies dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass der Bund den Kommunen ihre Gewerbesteuerausfälle großzügig kompensiert hat. Als besonders schwierig (sehr groß oder groß) werden die Herausforderungen nach wie vor durch die Existenzgefährdung von Handel und Gastronomie (84 %), der Kulturszene (73 %) und die Verödung der Innenstädte (73 %) angesehen.

Fast ebenso häufig nennen die OBs die Aufgaben „Wohnen“ (42 %) und „Mobilität“ (38 %), die auch in den vergangenen Jahren zu den fünf wichtigsten Themen zählten. Für beide Themen gilt: Je größer die Städte der befragten OBs, desto häufiger werden diese beiden Handlungsfelder als eine wichtige Herausforderung angesehen. Zudem nennen die OBs der süddeutschen Städte (Bayern,

Baden-Württemberg, Hessen) beide Themen häufiger als die OBs in den übrigen Teilen Deutschlands.

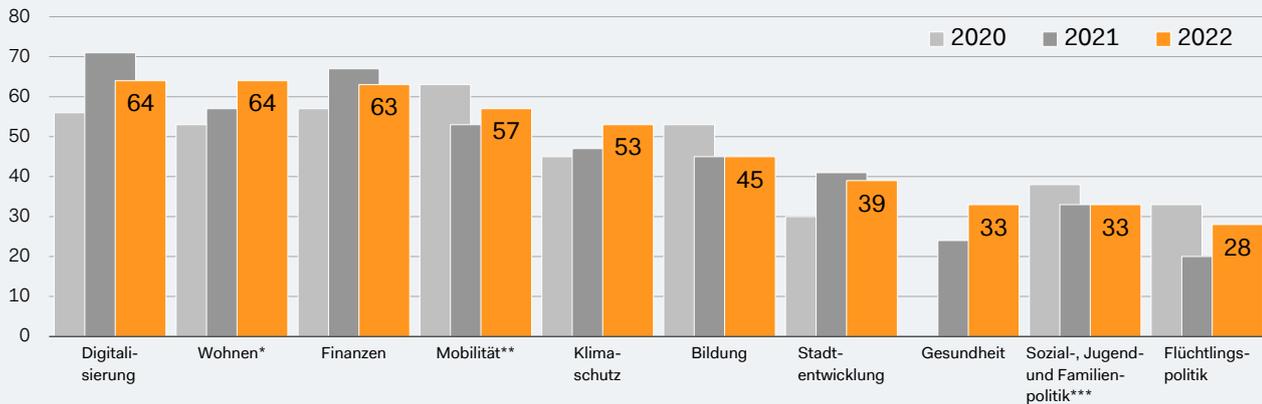
Das Thema der Innenstadtentwicklung hatte 2021 gegenüber den Vorjahren einen – auch coronabedingten – Bedeutungszuwachs erfahren. Während das Thema noch im Jahr 2020 nur für 4 % der Stadtspitzen von Bedeutung war, ist es im letzten und diesem Jahr für rund ein Viertel der Befragten eines der wichtigsten Handlungsfelder in der eigenen Stadt. Die Pandemie hat die Innenstädte verändert, Entwicklungstrends beschleunigt und den Handlungsdruck erhöht. Ihre Wirkungen scheinen aktuell so groß, dass es um mehr als die Fortsetzung bereits bestehender Trends der Innenstadtentwicklung geht. Dies gilt insbesondere für die Veränderungen im innerstädtischen Handel, aber auch für die Nutzung von Gewerbe- und Büroimmobilien in Innenstadtlagen. Hotels, Gastronomie und Kultureinrichtungen haben zum Teil mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihre wirtschaftliche Existenz gefährden. Der notwendige Transformationsprozess der Innenstädte wird die Städte noch einige Jahre begleiten. Bundesregierung und alle Bundesländer haben eine Reihe von Förder- und Investitionsprogrammen aufgelegt, um Impulse für die Stadtentwicklung zu geben, die Innenstädte zu beleben, Zentren zu stärken und deren Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Da die Befragung der OBs Anfang März abgeschlossen wurde, spiegelt sie noch nicht die Anforderungen und Belastungen infolge der Flüchtlingsbewegung aus der Ukraine wider, die die Kommunen aktuell in erheblichem Ausmaß beschäftigen.

Bei den kommunalpolitischen Themen, die zukünftig für die Städte an Bedeutung gewinnen werden (Abb. 3), sind die

Abb. 5

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen dringend verbessert werden?
 „Vor allem bei Digitalisierung und Wohnen sind Verbesserungen der Bedingungen erwünscht.“



* bis 2019 Städtebau und Wohnen, ** bis 2019 Verkehrspolitik und Infrastrukturausbau, *** bis 2020 Sozial-, Gesundheits-, Jugend- und Familienpolitik
 Quelle: OB-Barometer 2022 Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Frage ohne Antwortvorgaben, Mehrfachnennungen möglich



Themen und deren Reihenfolge ähnlich wie bei den aktuellen Herausforderungen. Klimaschutz (63 %) und Mobilität (42 %) sind die wichtigsten Zukunftsthemen. Bedenkt man, dass es bei der urbanen Mobilität entscheidend darum geht, Lösungen jenseits des motorisierten, CO₂-emittierenden Individualverkehrs zu entwickeln, wird deutlich, dass mit der Mobilität ein zweites Klimaschutzthema oben auf der kommunalen Agenda rangiert. Auch das Handlungsfeld (Innen-)Stadtentwicklung (31 %) behält in den nächsten Jahren seine Bedeutung. Die Relevanz des Themas Digitalisierung verändert sich gegenüber den beiden Vorjahren kaum (37 %). Es liegt aber deutlich unter dem Wert früherer Jahre, 2019 nannten 55 % der Stadtspitzen die Digitalisierung noch mit deutlichem Abstand als wichtigstes Zukunftsthema. Das Thema „Fachkräfte halten und Fachkräfte gewinnen“ ist neu unter den Top 10 der wichtigsten Zukunftsthemen (16 %). Der Fachkräftemangel ist

inzwischen in den kommunalen Verwaltungen und in den kommunalen Unternehmen angekommen. Vor allem in den ostdeutschen Städten rückt die Fachkräftegewinnung auf die politische Agenda, gut ein Drittel der dortigen OBs (36 %) nennt das Thema.

Die Ergebnisse der Frage nach den erwünschten Verbesserungen von Rahmenbedingungen durch EU, Bund oder Länder sind relativ stabil (Abb. 5). Seit Beginn der OB-Befragungen im Jahr 2015 nennen mehr als die Hälfte der befragten OBs vor allem Unterstützungsbedarf durch die übergeordneten Ebenen bei der Digitalisierung, der Wohnungspolitik, der Finanzpolitik und der Verkehrspolitik. Diese unveränderten Forderungen lassen die Interpretation zu, dass die erhofften Verbesserungen aus Sicht der Kommunen offenbar (noch) nicht oder nicht in dem gewünschten Maße eingetreten sind.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die im Januar/Februar 2022 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap durchgeführt wurde. 144 der 193 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (darunter 15 stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 74,6 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de | Dr. Beate Hollbach-Grömig, +49 30 39001-293, hollbach-groemig@difu.de
 Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin

Weitere Informationen und vertiefte Analysen zur Befragung unter www.difu.de/OB-Barometer

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist mit seinen rund 190 Beschäftigten das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige, in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben